

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Nr. **XIX. GP.-NR**
363 /A (E)
Prä. **14. Juli 1995**

der Abgeordneten Dr. Haider
und Kollegen
betreffend EU-Beitragsermäßigungen

Österreich ist einer jener (wenigen) EU-Staaten, die sog. Nettozahler sind, d.h., Österreich leistet wesentlich mehr Zahlungen an die Europäische Union als es an Rückflüssen lukrieren kann. Im Gegensatz zum EU-Musterschüler Österreich findet jedoch in Mitgliedsstaaten, die in einer ähnlichen Situation sind (beispielsweise in den Niederlanden, in der Bundesrepublik Deutschland oder in Großbritannien), eine breite öffentliche Diskussion u.a. über die Ausgaben der Europäischen Union (Stichwort: Ausgabendisziplin, strikte EU-Haushaltsdisziplin) sowie über die Höhe der Beitragszahlungen und über verstärkte Mittelrückflüsse statt. So kündigte etwa der deutsche Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende Waigel an, daß er die Diskussion um die fällige Neuordnung der Finanzen spätestens 1996 aufnehmen und er zugleich auch noch die deutsche Nettozahlerposition reduzieren will. Wie ernst es der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Anliegen ist, zeigt sich ebenso in einer einstimmig angenommenen Entschließung des deutschen Bundesrates vom 12.5.1995, in der der Bundesrat fordert, "daß schon auf der Regierungskonferenz 1996 das künftige Finanzsystem der Gemeinschaft mit dem Ziel der Beseitigung des Ungleichgewichts zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland thematisiert wird".

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert in Kontakt mit all jenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu treten, die sogenannte Nettozahler sind, um gemeinsam ihre Verhandlungspositionen hinsichtlich der künftigen Finanzierung der Gemeinschaft zu koordinieren.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, so rasch wie möglich, spätestens jedoch auf der Regierungskonferenz 1996, zumindest die Ungleichgewichtigkeit der Belastungen der Nettozahler zu thematisieren damit in weiterer Folge die österreichischen Beitragszahlungen an die Europäische Union verringert werden."

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuß ersucht.